

Die Krise – Zeit der Entscheidung

Zur Lage der österreichischen Parteien

■ TRAUTL BRANDSTALLER

Die weltweite wirtschaftliche Krise zwingt die Regierungen zu Entscheidungen – unterwerfen sie sich der Logik der sogenannten „Märkte“ oder vertreten sie die Interessen ihrer Wähler und Wählerinnen.

Solche Entscheidungen waren schon in der ersten großen Weltwirtschaftskrise 1929 zu treffen. Die USA unternahmen damals einen ersten großen Schritt, den Kapitalismus zu domestizieren: Präsident Roosevelt entwickelte den sogenannten „New Deal“, Europa versäumte eine solche Lösung und schaffte erst nach der Katastrophe des Nationalsozialismus, der diversen Faschismen in europäischen Ländern und des Zweiten Weltkriegs ein ähnliches Arrangement. Der europäische Sozialstaat ist ohne diese Katastrophe nicht erklärbar. Er war und bleibt ein Modell des Klassenkompromisses, durch den Banken und Konzerne auf der einen Seite, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf der anderen Seite bis in die Achtziger Jahre nicht nur Wohlstand geschaffen, sondern diesen Wohlstand auch halbwegs gerecht verteilt haben. Unbestritten bleibt, dass dieses Modell, das – in verschiedenen Varianten – in Westeuropa entwickelt wurde, auch durch die Zweiteilung des Kontinents, die kommunistische Herrschaft in Osteuropa, befördert wurde. Den Kapitalismus zu domestizieren fiel leichter, solange es die Bedrohung durch den Kommunismus gab.

Überzeugungen über Bord

Die Welt nach 1989 hat sich radikaler geändert, als es sich die Zukunftsforscher aller Couleurs vorstellen konnten. Zwar gab es weder ein „Ende der Geschichte“ noch einen „Kampf der Kulturen“, dafür aber massive Versuche, das in Europa 40 Jahre lang erprobte Modell des „Wohlfahrtsstaates“, das „europäische Sozialmodell“

abzubauen. Als Hebel für den Abbau fungierte die Globalisierung, die Ausdehnung der freien Marktwirtschaft rund um den Globus, unter Außerkraftsetzung aller finanztechnischen und handelspolitischen Regulierungen. Weltweit wurde jene Ideologie praktiziert, die man auf europäischer Ebene 40 Jahre überwunden hatte – das altliberale Dogma von der „unsichtbaren Hand des Marktes, die alles regelt“, wurde neu proklamiert.

Wirtschaftsbund, Industriellenvereinigung und Raiffeisen

Die ehemaligen Großparteien ÖVP und SPÖ warfen ihre alten Überzeugungen über Bord und „modernisierten“ sich. Allen voran die ÖVP, die sich derzeit nur ungern an ihre christlich-sozialen Wurzeln erinnert. Wolfgang Schüssel, katholisch sozialisiert, und als langjähriger Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, eher Vertreter gewerblicher und kleinindustrieller Interessen, wurde zum Propagandisten der neoliberalen Ideen von Steuerabbau und Privatisierung. Seine frühen Publikationen „Mehr privat – weniger Staat“, „Staat lass nach“ ebneten ihm den Weg zu Industriellenvereinigung und FPÖ, und schließlich auch zur schwarz-blauen Koalition. Der jetzige ÖVP-Chef Josef Pröll, niederösterreichischer Bauernbündler, kann sich der Raiffeisen-Macht im Lande sicher sein – und Raiffeisen, inzwischen die größte Bank Österreichs, kann sich des Finanzministers sicher sein.

Lang ist's her, dass sich die Spitzen der ÖVP für die ökosoziale Marktwirtschaft stark machten... Franz Fischler, Josef Riegler



Trautl Brandstaller studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Wien. Sie begann ihre journalistische Tätigkeit bei Kathpress und Furche, war bei neuem forum und profil tätig und von 1975 bis 1992 in mehreren leitenden Positionen im ORF tätig. Autorin zahlreicher Bücher.

■ Den Kapitalismus zu domestizieren fiel leichter, solange es die Bedrohung durch den Kommunismus gab.

und Co spielen in der aktuellen ÖVP kaum eine Rolle, obwohl sie die zukunftsträchtigsten Konzepte für eine moderne, konservative Partei in den Schubladen hätten.

Der gescheiterte „Dritte Weg“

Die Sozialdemokraten begaben sich unter Vranitzky auf den medial hochgelobten „Dritten Weg“, der von Tony Blair und seinem intellektuellen Guru Anthony Giddens propagiert wurde. Ursprünglich als Genie-Idee zur Modernisierung der Sozialdemokratie in Europa gepriesen, erwies sich dieser Weg sehr bald als Holzweg, als Sackgasse, die von Niederlage zu Niederlage führte. Wenn die „Linken“ dieselben Rezepte für die „Modernisierung“ verkünden wie die rechten Parteien, werden sie verzichtbar. Nach dem Scheitern des „Dritten Wegs“ mit den Niederlagen von Gerhard Schröder und Tony Blair sah die SPÖ ihre Rettung im Bündnis mit dem Boulevard – der peinliche Kniefall vor der „Kronenzeitung“ durch Alfred Gusenbauer und Werner Faymann war nur der Anfang, die Fütterung von „Kronenzeitung“, „Heute“ und „Österreich“ durch millionenschwere Anzeigenkampagnen die Fortsetzung eines Kurses der medialen Abhängigkeit und gegenseitigen Erpressung.

Die Grünen haben die Entwicklung verschlafen

Angesichts des permanenten Schrumpfungsprozesses der ehemaligen „Großparteien“ sollten die Grünen – zumindest nach traditioneller politischer Logik – jede Chance auf Stimmengewinne haben. Alle Wahlen der letzten Jahre – sowohl auf nationaler, wie auf regionaler Ebene – beweisen das Gegenteil. Die Grünen stagnieren seit mehr als zehn Jahren, ja, bei den letzten Regionalwahlen haben sie deutlich verloren. Analysen dieser Niederlagen bleiben zumeist bei organisatorischen und personellen Faktoren stecken. In Wahrheit liegen die Gründe tiefer: Die Grünen haben die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit den Neunziger Jahren, also den schleichenden Abbau des Sozialstaats, verschlafen. Obwohl sie einen Profes-

sor der Nationalökonomie an ihre Spitze gewählt hatten, ignorierten sie die wachsende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, die unter dem neoliberalen Dogma eingeleitet wurden, Und sie ignorierten die wachsenden sozialen Ungleichheiten, die in den letzten 20 Jahren um sich griffen. Gleichzeitig verstanden sie es nicht, die Brisanz der Klima- und Umweltentwicklung ins öffentliche Bewusstsein zu transportieren. Zwar stimmt es, dass sich auch die „Großparteien“ grün einfärbten, aber die Grünen hätten den Schlüssel in der Hand gehabt, auch die Alternativen, den Wechsel zu alternativen Energien, zu propagieren. Stattdessen verpufften ihre politischen Energien in Kleinkriegen um regionale Projekte und Ersatzthemen wie das Aussterben der Feldhamster durch Wohnprojekte auf dem Wiener Laaerberg. Ausgezogen als neue Partei, die nichts anderes sein wollte als der verlängerte Arm von Bürgerinitiativen im Parlament, haben sich die Grünen in weniger als 25 Jahren zu einer ziemlich alt wirkenden klassischen Kaderpartei gewandelt. Vor lauter Sorge, nicht von einer der „Großparteien“ als Koalitionspartner akzeptiert zu werden, führen sie in jeder entscheidenden ökonomischen und sozialen Frage schwer erträgliche taktische Eiertänze auf.

Das Vertrauen bleibt auf der Strecke

Bleibt als einzige Partei, die von der Krise profitieren könnte, die FPÖ. Das Wahlergebnis der Bundespräsidentenwahlen lässt hoffen, dass die FPÖ-Bäume trotz Krise nicht in den Himmel wachsen. Die personellen Ressourcen H.C.Straches dürften sich – im Gegensatz zu Jörg Haider – auf die traditionellen rechten Burschenschaften beschränken und damit nur einen äußersten rechten Rand des Wählerpotentials erreichen. Bleibt das Thema Zuwanderung und Integration, das die „Großparteien“ viel zu spät erkannt haben. Verfrüht wäre es daher, Warnungen vor einem Rechtsruck bei den nächsten Wahlen abzublasen. Noch hat die Krise das allgemeine Bewusstsein nicht wirklich erreicht, noch sind die angesagten „Sparprogramme“ der Koalition nicht in Kraft

Am Rande Europas

Mariazell am 16. Mai 2010:
Ein Interview mit albanischen Gästen

■ David Schellander

Nach unserer Februarexkursion nach Albanien haben wir Germanistikstudierende aus Shkodra nach Österreich eingeladen. Unserer Einladung folgten leider nur zwei Studierende, Johann und Orjoni. Sie waren eine Woche in Österreich und verbrachten die Hälfte der Zeit in Graz, die andere Hälfte in Linz und bei der Studierendenwallfahrt nach Mariazell.

War es schwierig, nach Österreich zu kommen?

Orjoni: Das Konsulat hat geglaubt, dass wir nicht mehr zurückkommen werden, sondern in der EU untertauchen wollen. Wir müssen uns sogar am Konsulat melden, wenn wir wieder zurück sind.

Johann: Und es war sehr knapp, wir haben das Visum erst 2 Tage vor unserer Abreise nach Österreich bekommen.

Wir haben uns sehr gefreut, dass ihr bei der Studierendenwallfahrt nach Mariazell

mitgegangen seid bei. Wie war das für euch, genauer wie war das für dich Orjoni, da du ja Moslem bist?

Orjoni: Für mich war das überhaupt kein Problem, nur das Wandern war anstrengend. Wir sind da sehr offen, auch für andere Religionen, es war eine spannende Erfahrung für mich.



DI Schellander David, Stellv. Vorsitzender der katholischen Hochschulg Jugend Österreichs. Doktoratsstudium der technischen Wissenschaften (Dissertationsschwerpunkt Diplomstudium Mechatronik)

⇒ Fortsetzung auf Seite 39

⇒ Fortsetzung von Seite 32

getreten. Noch glauben ÖVP und SPÖ, die Wähler und Wählerinnen mit widersprüchlichen Ansagen hinhalten zu können.

Diese Hinhaltenaktik ist im Übrigen gefährlicher als alle konkreten Programme. Wer den Wähler, die Wählerin für unmündig hält, rüttelt an den Grundfesten der Demokratie.

Kritischere Töne an der Basis

Einstweilen artikuliert sich dieses „demokratische Unbehagen“ hauptsächlich in Wahlabstinz. Wer bei politischen Debatten – in Wirtshäusern, auf Wahlveranstaltungen, beim Automechaniker, im Supermarkt – näher hinhört, vernimmt auch kritischere Töne:

- so schwindet das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Justiz, solange ein Finanzminister mit obskuren Netzwerken

und straffälligen Freunden von der Justiz in provokanter Weise geschont wird,

- es schwindet das Vertrauen in die Idee der sozialen Gerechtigkeit, solange die Banken zwar mit Steuermitteln gerettet werden, dieselben Banken aber weiterhin an Managerboni und Dividenden festhalten,
- es schwindet das Vertrauen in die Europäische Union, wenn deren Vertreter in der Krise nicht klare Worte zur Regulierung der Finanzmärkte finden,
- es schwindet das Vertrauen in die Demokratie, solange die Politik – und das gilt nicht nur für Österreich – sich als „Getriebene“ der Ökonomie verhält, wie es in den letzten 20 Jahren der Fall war.

Dieses Verhältnis von Politik und Ökonomie neu zu regeln, besser gesagt, den Primat der Politik vor der Ökonomie neu festzuschreiben, ist die vordringlichste Lehre aus der Krise und die wichtigste Aufgabe allerer, die sich angesichts der Krise Sorgen um die Zukunft der Demokratie machen. ■

■ Die Grünen haben die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit den Neunziger Jahren, also den schleichenden Abbau des Sozialstaats, verschlafen.